

KULTUS UND UNTERRICHT

Amtsblatt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Ausgabe C

LEHRPLANHEFTE
REIHE K Nr. 89
REIHE L Nr. 120
REIHE M Nr. 68

**Bildungsplan für die
Berufsfachschule**

**Band 1
Zweijährige zur Prüfung der
Fachschulreife führende
Berufsfachschule**

**Berufsbezogene Fächer
Gewerblich-technischer Bereich**

**Berufliche Vertiefungsfächer
(Wahlpflichtbereich)**

**Heft 7
Wirtschaftskompetenz**

Schuljahr 1 und 2

**23. April 2010
Lehrplanheft 1/2010**

NECKAR-VERLAG



Inhaltsverzeichnis

- 1 Inkraftsetzung
- 2 Vorbemerkungen
- 3 Lehrplanübersicht

Auf den Inhalt des Hefts „Allgemeine Aussagen zum Bildungsplan“ wird besonders hingewiesen:

- Hinweise für die Benutzung
- Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der beruflichen Schulen
- Der besondere Erziehungs- und Bildungsauftrag für der Berufsfachschule
- Die zweijährige zur Prüfung der Fachschulreife führende Berufsfachschule

Impressum

Kultus und Unterricht Ausgabe C Herausgeber	Amtsblatt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg Lehrplanhefte Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg; Postfach 10 34 42, 70029 Stuttgart
Lehrplanerstellung	Landesinstitut für Schulentwicklung, Fachbereich Bildungsplanarbeit, Heilbronnerstraße 172, 70191 Stuttgart, Fernruf 0711 6642-4001
Verlag und Vertrieb	Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen Die fotomechanische oder anderweitig technisch mögliche Reproduktion des Satzes bzw. der Satzordnung für kommerzielle Zwecke nur mit Genehmigung des Verlages.
Bezugsbedingungen	Die Lieferung der unregelmäßig erscheinenden Lehrplanhefte erfolgt automatisch nach einem festgelegten Schlüssel. Der Bezug der Ausgabe C des Amtsblattes ist verpflichtend, wenn die betreffende Schule im Verteiler vorgesehen ist (Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 1993, K.u.U. 1994 S. 12). Die Lehrplanhefte werden gesondert in Rechnung gestellt. Die einzelnen Reihen können zusätzlich abonniert werden. Abbestellungen nur halbjährlich zum 30. Juni und 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich acht Wochen vorher beim Neckar-Verlag, Postfach 1820, 78008 Villingen-Schwenningen.

Das vorliegende LPH 1/2010 erscheint in den Reihen K Nr. 89, L Nr. 120, M Nr. 68 und kann beim Neckar-Verlag bezogen werden.



KULTUS UND UNTERRICHT

Amtsblatt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Stuttgart, 23. April 2010

Lehrplanheft 1/2010

Bildungsplan für die Berufsfachschule
hier: Zweijährige zur Prüfung der
Fachschulreife führende Berufsfachschule

Vom 23. April 2010 45-6512-2220/51/7

I.

Für die zweijährige zur Prüfung der
Fachschulreife führende Berufsfachschule
gilt der als Anlage beigefügte Lehrplan.

II.

Der Lehrplan tritt
für das Schuljahr 1 am 1. August 2010,
für das Schuljahr 2 am 1. August 2011
in Kraft.

Vorbemerkungen

Die Aufgabe der Wirtschaftskompetenz des gewerblichen Bereichs an der zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule besteht darin, die Selbstständigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Anforderungen im beruflichen und privaten Bereich zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler sollen dadurch befähigt werden, z. B. den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung zu verstehen, ein Gespräch über Geldanlagen oder Kredite am Bankschalter zu führen und einen einfachen wirtschafts- oder arbeitsrechtlichen Sachverhalt aus Gesetzestexten nachzuvollziehen.

Durch selbst organisierte Lernprozesse und eine interaktionsbetonte Unterrichtsgestaltung wird unter Zurücknahme der Einflussnahme der Lehrkraft die direkte und intensive Kommunikation von Schülerinnen und Schülern und Stoff bewirkt. Sie erwerben dabei Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen. Dadurch werden ihre Selbstständigkeit, Flexibilität und Kreativität, ihre Kritikfähigkeit, Teamfähigkeit und Entscheidungsfähigkeit und ihr Verständnis für unternehmerisches Risiko gefördert. Dies geschieht u. a. durch das Auswerten von Rollenspielen, Schaubildern, Statistiken, Textquellen, Karikaturen und das Lösen einfacher Rechtsfälle mit Hilfe von Gesetzestexten. Darüber hinaus sind moralische Kompetenzen anzustreben. Sie bewirken wertorientiertes Handeln im Privat- und Berufsleben. Auch Lern- und Leistungskontrollen beschränken sich nicht auf das Abprüfen von Faktenwissen, sondern beinhalten auch entscheidungsorientierte Aufgabenstellungen, die Kenntnisse methodischer Schritte bei der Auswertung von Arbeitsmitteln voraussetzen.

Durch die exemplarische Fächer verbindende Verknüpfung thematisch zusammengehöriger Sachverhalte sollen Zusammenhänge anschaulich verdeutlicht und ganzheitliche Betrachtungsweisen gefördert werden. Dazu eignen sich Sozialformen wie Projektmethode, Planspiel, Rollenspiel und Fallstudie, die auch mehrere Unterrichtsstunden umfassen können. Die Auswahl der Projekte oder Fallbeispiele orientiert sich an der Rolle der Schülerinnen und Schüler als Verbraucher und als zukünftiger Arbeitnehmer. Die notwendige Vernetzung zu anderen Unterrichtsfächern des allgemeinen und fachlichen Bereichs erfordert eine gemeinsame Erarbeitung Fächer verbindender Inhalte und Ziele durch die Fachlehrerinnen und Fachlehrer. Durch den Einsatz ausgewählter Anwendungsprogramme lernen die Schülerinnen und Schüler den Computer als Mittel zur Erledigung von Routinearbeiten und als Entscheidungshilfe kennen.

Lehrplanübersicht

Schuljahr	Lehrplaneinheiten	Zeitrichtwert	Gesamtstunden	Seite
1 und 2	Handlungsorientierte Themenbearbeitung (HOT)	10		5
	1 Berufsbildung und Arbeitswelt	7		5
	2 Grundlagen des Vertragsrechts	6		6
	3 Verbraucherbewusstes Verhalten	5		7
	4 Umgang mit Geld	7		7
	5 Grundlagen des Arbeitsrechts	8		8
	6 Entlohnung der Arbeit	5		9
	7 Soziale Marktwirtschaft	12	60*	10
	Zeit für Leistungsfeststellung und zur möglichen Vertiefung		20	
			80	

* Die Wirtschaftskompetenz kann entweder zweistündig im 1. oder 2. Schuljahr oder einstündig über 2 Schuljahre hinweg unterrichtet werden.

Schuljahr 1 und 2

Zeitrichtwert

Handlungsorientierte Themenbearbeitung (HOT)**10**

Die Schülerinnen und Schüler bearbeiten Themen handlungsorientiert.

Z. B.
Projekt,
Fallstudie,
Planspiel,
Rollenspiel,
DV-Programm

Die Themenauswahl hat aus den nachfolgenden Lehrplaneinheiten unter Beachtung Fächer verbindender Aspekte zu erfolgen.

1 Berufsbildung und Arbeitswelt**7**

Die Schülerinnen und Schüler können die Notwendigkeit einer Berufsausbildung begründen und Formen der beruflichen Bildung anhand von Materialien erarbeiten und unterscheiden. Die Schülerinnen und Schüler ermitteln die rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Ausbildung und Arbeit. Sie entwickeln ein Gefühl dafür, dass das Ausbildungsverhältnis über die formellen Regelungen hinausgeht und ständige Kooperation erfordert. Die Schülerinnen und Schüler bewerten die Berufsausbildung im Hinblick auf die Bedeutung und Veränderungen in der Arbeitswelt. Sie beurteilen die Aufgaben der Sozialversicherung und der privaten Zusatzversicherung. Die Schülerinnen und Schüler können die Leistungen der Sozialversicherungen unterscheiden und die Beiträge berechnen.

Formen der Berufsbildung
– duales Ausbildungssystem
– vollschulische Ausbildung

Vergleich mit anderen europäischen Ländern

Berufsausbildungsvertrag
– Inhalt
– Beendigung
– Überwachung und Beratung

Mustervertrag, Berufsbildungsgesetz (BBiG),
Handwerksordnung (HWO),
Ausbildungsordnung und Prüfungsordnung, je
nach Berufsfeld
Zuständige Stelle für die Ausbildungsberatung
und Prüfung

Rechtliche Rahmenbedingungen und
Überwachung der Schutzvorschriften in der
Arbeitswelt
– Arbeitsschutz für Jugendliche und
Erwachsene
– Mutterschutz, Elternzeit
– Schwerbehindertenschutz

Berufsgenossenschaft, Gewerbeaufsichtsamt
Jugendarbeitsschutzgesetz (JarbSchG),
Arbeitszeitgesetz (AZG), Arbeitsschutzgesetz
(ArbSchG), Mutterschutzgesetz (MuSchG),
Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
(BEEG), Schwerbehindertengesetz (SchwbG)

Sozialversicherungen – Rentenversicherung – Krankenversicherung – Pflegeversicherung – Arbeitslosenversicherung – Unfallversicherung – Sozialgerichtsbarkeit	Träger, Beiträge, Leistungen, aktuelle Bezüge, Generationenvertrag
Private Zusatzversicherungen	Zuständigkeit
	Krankenversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung

2 Grundlagen des Vertragsrechts

6

Die Schülerinnen und Schüler können wichtige Vorschriften aus Gesetzestexten und Verbraucherschutzinformationen ermitteln und auf Rechtsfälle des beruflichen und privaten Bereichs anwenden. Ihre Fähigkeit, im Team zu arbeiten, wird gefördert. Sie erfassen die Möglichkeiten und Folgen rechtlicher Bindung am Beispiel des Kaufvertrags, stellen Störungen bei der Erfüllung des Kaufvertrags fest und beschreiben die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen. Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden wesentliche Verjährungsfristen und erläutern die Haftung aus Verträgen und unerlaubten Handlungen.

Rechts- und Geschäftsfähigkeit	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
Rechtsgeschäfte – ein- und zweiseitige Rechtsgeschäfte – besondere Formvorschriften – Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	
Kaufvertrag – Abschluss – Inhalt – Erfüllung – Besitz und Eigentum	Bindung an das Angebot Eigentumsvorbehalt
Störungen bei der Erfüllung von Kaufverträgen am Beispiel der Schlechtleistung	Mängelrüge, gesetzliche Gewährleistung, Garantie, Beschränkung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen
Verjährung von Forderungen – Fristen – Unterbrechung	
Haftung und Schadensersatz	Haftung aus Verträgen und unerlaubten Handlungen, Haftpflichtversicherung, Rechtsschutzversicherung

3 Verbraucherbewusstes Verhalten

5

Die Schülerinnen und Schüler werden befähigt, sich selbstständig wichtige Informationen zum Verbraucherschutz zu beschaffen und Fallbeispiele mit Hilfe von Verbraucherinformationen aus Fachzeitschriften und Gesetzestexten zu bearbeiten. Dabei erwerben sie Sozial- und Methodenkompetenz. Die Schülerinnen und Schüler achten auf Allgemeine Geschäftsbedingungen, schätzen die Folgen von Abzahlungsgeschäften ein und beschreiben die Möglichkeiten der Durchsetzung von Ansprüchen aus dem Zahlungsverzug und von angemessenen Reaktionen.

Verbraucherberatung

- Organisationen Beratungsstellen, Mieterschutzvereine
- Medien

Verbraucherschutzgesetze

- Wettbewerbsrechtliche Regelungen Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG)
- Allgemeine Geschäftsbedingungen AGB-Gesetz
- Produkthaftung Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG)
- Warenkennzeichnung
- Abzahlungs- und Haustürgeschäfte Haustürwiderrufsgesetz (HaustürWG),
Verbraucherkreditgesetz (VerbrKrG)

Folgen von Zahlungsverzug

- außergerichtliche Mahnung Formen, Inkassogesellschaften
- gerichtliches Mahn- und Klageverfahren Zivilprozessordnung (ZPO), Insolvenz-
Ordnung (InsO)
- Zwangsvollstreckung Lohnpfändung, Eidesstattliche Versicherung

4 Umgang mit Geld

7

Die Schülerinnen und Schüler werden befähigt, am modernen Zahlungsverkehr teilzunehmen. Sie können die für verschiedene Zahlungssituationen zweckmäßigen Zahlungsformen auswählen und Kosten vergleichen. Die Schülerinnen und Schüler können die Auswirkungen von Kaufkraftschwankungen und sich ändernden Wechselkursen beurteilen. Sie lernen, die verschiedenen Sparformen gegeneinander abzuwägen und für sich angemessene Sparformen auszuwählen. Sie sind in der Lage, Kredite auf ihre Preiswürdigkeit und Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen und lernen, die Wirkungen einzuschätzen, die mit einer Kreditaufnahme verbunden sind. Sie beschreiben und beurteilen Schaubilder und Statistiken und begreifen den Inhalt von Textquellen.

Zahlungsmöglichkeiten

- Girokonto Haftung bei beschränkt Geschäftsfähigen
- Überweisungen Kostenvergleich
- Zahlungen mit Karten Sonderformen
- elektronische Verfügungsformen Electronic Cash
- Homebanking

Kaufkraftschwankungen	
– Kaufkraftmessung	Warenkorb
	Preisindex für Lebenshaltung
– Ursachen inflationärer und deflationärer Entwicklungen	Folgen für den Einzelnen und die Wirtschaft
Außenwert des Geldes	
– Wechselkursschwankungen	Einflussgrößen und gesamtwirtschaftliche Bedeutung
Europäisches Währungssystem	
Sparformen	Verschiedene Anlageformen (Sparbuch, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fonds, Kapitallebensversicherung)
– Verfügbarkeit	
– Verzinsung	
– Sicherheit	
Sparförderung	Vermögensbildungsgesetz, Bausparförderung
Kreditvertrag am Beispiel eines Anschaffungsdarlehens	
– Form und Inhalt	Verbraucherkreditgesetz (VerbrKrG)
– Sicherheiten	Risikolebensversicherung, Sicherungsübereignung, Bürgschaft
	Überschuldung, Schuldnerberatung
– Gefahren	

5 Grundlagen des Arbeitsrechts

8

Die Schülerinnen und Schüler können einfache Rechtsfälle mit Hilfe von Textquellen, Gesetzestexten und EU-Richtlinien lösen. Sie beschreiben das Individual- und Kollektivarbeitsrecht als Grundlage des Arbeitsverhältnisses, beurteilen die Notwendigkeit der Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer und stellen die wichtigen Regelungen mit Hilfe des Betriebsverfassungsgesetzes dar. Die Schülerinnen und Schüler können die für ihren Bereich gültigen Tarifverträge anwenden und beschreiben deren Inhalt, Abschluss und Geltungsbereich.

Einzelarbeitsvertrag	Dienstvertrag nach BGB
– Anbahnung und Abschluss	Bewerbungsgespräche, Arbeitspapiere
	EU-Regelungen
– Form und Inhalt	Nachweisgesetz (NachwG), Rechte und Pflichten
	Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG)
– befristete Arbeitsverträge	Zeugnisse
	Kündigungsschutzgesetz (KSchG)
– Beendigung	
– Kündigungsschutz	

Tarifverträge	Tarifvertragsgesetz (TVG), Tarifautonomie, Allgemeinverbindlichkeit
Tarifvertragsarten	Inhalt, Geltungsdauer, Vertragspartner
Bedeutung von Tarifverträgen	
Arbeitskampf	Schlichtung, Streik, Aussperrung
Betriebsvereinbarung	
Interessenvertretung der Arbeitnehmer	Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), Mitbestimmungsgesetz 1976 (MitbestG) Beschwerde- und Informationsrechte
– Interessenvertretung des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeitsplatz	
– Interessenvertretung im Betrieb	Betriebsrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung
– Mitbestimmung im Aufsichtsrat	Je nach Klassenstruktur
Arbeitsgericht	Zuständigkeit

6 Entlohnung der Arbeit

5

Die Schülerinnen und Schüler erörtern leistungsgerechte Entgeltmodelle, erstellen einfache Lohn- oder Gehaltsabrechnungen und ermitteln mit Hilfe von Lohnsteuertabellen das Nettoentgelt. Sie beurteilen die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Lohnkosten.

Lohnformen	
– Zeitlohn	Stundenlohn, Gehalt
– Leistungslohn	Akkord- und Prämienlohn, Einzel- und Gruppenentlohnung
– Beteiligungslohn	Investivlohn, Gewinnbeteiligung
Gerechte Entlohnung	
– Arbeitsbewertungsverfahren	Analytische und summarische Arbeitsbewertung, je nach Branche
– soziale Aspekte	
Lohnabrechnung	Zulagen und Abzüge, Vermögenswirksame Leistungen, Lohnsteuertabelle
Wirtschaftliche Aspekte der Entlohnung	Nominal- und Reallohnentwicklung, Veränderung der Produktivität, Lohnzusatzkosten

7 Soziale Marktwirtschaft**12**

Die Schülerinnen und Schüler erfassen am konkreten Beispiel den Marktmechanismus und die Bedeutung der Wettbewerbssituation für die Preisbildung. Sie bewerten die Einschränkung des Wettbewerbs durch Unternehmenszusammenschlüsse und die daraus resultierenden Gefahren. Die Schülerinnen und Schüler begreifen das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland als Versuch, durch Eingriffe des Staates den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht zu werden. Sie erfassen die Probleme der Sozialen Marktwirtschaft und erkennen ihre damit verbundene Eigenverantwortung. Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden die staatlichen Abgaben und bewerten die Problematik einer gerechten Besteuerung.

Markt als Koordinator von Angebot und Nachfrage

- Marktarten
- Verhalten der Marktteilnehmer
- Preisbildung unter Wettbewerb

Räumliche und sachliche Gliederung

Wettbewerbsstörungen durch

- Kartelle
- Unternehmenskonzentration
- staatliche Eingriffe

Kartellgesetz (GWB)
Ursachen und Auswirkungen

Bedeutung des Staates in der sozialen Marktwirtschaft

Grundaussagen der Verfassung, Grundwerte und Merkmale der sozialen Marktwirtschaft

Sozialprodukt als gesamtwirtschaftliche Messgröße

Nominales, reales Bruttoinlandsprodukt, Problematik des Sozialprodukts als Wohlstandsmaßstab

Probleme der sozialen Marktwirtschaft

- Subventionen, Privatisierung
- Konjunktur- und Strukturprobleme
- Instrumente zur Beeinflussung der Wirtschaft
- Harmonisierung in der EU

Stabilitätsgesetz
Steuerpolitik, Geldpolitik, Sozialpolitik

Wirtschafts- und Sozialunion

Finanzierung der staatlichen Aufgaben

- Steuern, Gebühren, Beiträge
- Besteuerung des Einkommens
- Grundzüge der Einkommenssteuer-Erklärung

Übersicht, Erhebung und Verwendung
Steuertarif, Besteuerungsmerkmale